

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags.

Die „Gießener Familienblätter“ werden dem „Anzeiger“ viermal wöchentlich beigelegt, das „Kreislatt für den Kreis Gießen“ zweimal wöchentlich. Die „Landwirtschaftlichen Zeitfragen“ erscheinen monatlich zweimal.

Gießener Anzeiger

General-Anzeiger für Oberhessen

Rotationsdruck und Verlag der Brüderlichen Universitäts- und Buch- und Steinbrucker, R. Lange, Gießen.

Redaktion, Expedition und Druckerei: Schulstraße 7. Expedition und Verlag: 51. Redaktion: 112. Tel.-Nr.: Anzeiger Gießen.

Mb. Deutscher Reichstag.

192. Sitzung. Freitag, den 16. Januar, im Saale des Reichstags, Dr. Delbrück, Caspar, Präsident Dr. Baumbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Kurze Anfragen.

Abg. Dr. Richter (Zg.) fragt an:

Ob dem Reichstag bekannt, daß einem jungen Mann namens Walter Stöcker in Gießen der Berechtigungschein für den einjährig-freiwilligen Militärdienst mit der Begründung entzogen worden ist, daß sich Stöcker als Sozialdemokrat in besonderer Weise in sozialistischen Sinne agitatorisch betätigt habe? Ist der Reichstag gewillt, den geschädigten Walter Stöcker wieder in den Besitz der von ihm ordnungsgemäß erworbenen Berechtigung zu bringen?

Generalmajor v. v. Hohenhausen: Die Angelegenheit unterliegt nach der Prüfung im Verwaltungswege. Die Beantwortung der Anfrage kann daher jetzt nicht erfolgen.

In einer weiteren Anfrage stellt Abg. Dr. Müller-Reinigen darauf hin, daß der Oberst des in Stargard garnisonierenden Grenadier-Regiments Nr. 9 ein Verbot des „Neuen Pommerschen Tageblatts“ vom 1. Januar 1914 an erhalten hat. Dr. Müller-Reinigen fragt an, was der Reichstagler zu tun gedenkt, um solche Fälle ungeschiedenen Verfalls von Verbot-untersuchungen durch Militärstellen zu verhindern?

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Sp.): Da der Oberst das Verbot nunmehr zurückgezogen hat, gedenke ich auch meine Anfrage zurück.

Abg. Dr. Trendel (Zg.) stellt folgende Anfrage:

Ist es richtig, daß die Einfuhr von Getreide und besonders von Futtergerste letzjähriger Ernte aus dem Ausland, speziell aus Rußland, eine sehr große und größere wie in anderen Jahren ist? Ist es richtig, daß große Mengen Getreide als Futtergerste zu dem Heftungsamt ohne Denaturierung resp. Kennzeichnung als Futtergerste von den äußeren Zollbehörden im Herbst 1913 abgefertigt wurden, die auf Grund ihrer besonderen Beschaffenheit als Holz- und Braugerste vollständig geeignet und als solche zu vergällen waren, weil die russische Getreide letzter Ernte trocken geerntet wurde und vorzügliche Heilmittelhaftigkeit hat? Ist es richtig, daß Getreide mit starkem Befehl von Flughafen zur Einfuhr gelangte, so daß der Verdacht besteht, daß letzterer zur Herabsetzung des Heftungsamts beigetragen wurde? Welche Maßnahmen gedenkt der Reichstagler zu treffen, um dieser Umgehung der höheren Zollkontrolle Einhalt zu tun, oder von welchem Zeitpunkt an wurden eventuelle diebstahlartige Veräußerungen seitens der Reichsregierung an die äußeren Zollbehörden hinausgegeben und welchen Wert hatten diese Veräußerungen?

Ein Kommissar des Reichsfiskus erklärt, daß der Regierung von Umgehungen nichts bekannt sei und daß nicht anzunehmen ist, daß solche Umgehungen vorgekommen sind.

Die Vermögenserklärung zum Wehrbeitrag.

Es folgt ein schreibender Antrag Schiffer-Mogelberg (Kais.), Dr. v. Wendt (Sp.), Dr. Spahn (Zentr.) und Graf von Westarp (Kons.) den Reichstagler zu erwidern: 1. Die Frist zur Abgabe der Vermögenserklärung zum Wehrbeitrag bis Ende Februar hinausgeschoben und rechtzeitig der Ablauf der Frist zu den in der Öffentlichkeit geltend gemachten Zweifelsfragen über den Inhalt des Gesetzes und der Ausführungsbestimmungen durch Mitteilung an den Reichstag Stellung zu nehmen.

Abg. Erzberger (Zentr.):

begründet den Antrag. Nach den Bestimmungen des Bundesrats haben die Einzelstaaten nur das Recht, die Frist zur Abgabe der Vermögenserklärung bis Ende Januar zu erstrecken. Es ist demnach anzuerkennen, daß der preussische Finanzminister auf Anregung des Abgeordnetenhauses von dieser Befugnis Gebrauch gemacht hat. Es besteht aber in weiten Kreisen der Bevölkerung der Wunsch, daß diese Frist um einen weiteren Monat bis Ende Februar hinausgeschoben wird. Dieser Wunsch erscheint umso mehr begründet, als namentlich die Geschäftsleute herabgesetzt sind, ihrer Vermögensklärung die Bilanz des letzten Jahres zugrunde zu legen. Das ist aber sehr vielen unmöglich gemacht, wenn sie schon im Januar die Erklärung abgeben müssen. Dazu kommt, daß über viele Bestimmungen Unklarheit herrscht und daß beispielsweise die zuständigen Behörden nicht weniger als neun Millionen Anfragen ergangen sind. Es ist natürlich nicht möglich, diese Anfragen so rechtzeitig zu beantworten, daß sie bei der Vermögensklärung im Laufe des Januar berücksichtigt werden können. Es ist deshalb wünschenswert, daß im ganzen Reich die Frist verlängert wird, zumal der Reichsfinanzminister das Geld gar nicht so eilig braucht und es in Billigkeit auch nicht früher erhält, wenn die Frist schon Ende Januar abläuft. Das Reich wird auch an den Einnahmen so gut wie nichts verlieren, wenn man dem Wunsch Rechnung trägt. Mit Rücksicht auf die großen Opfer, die dem Reich durch den Wehrbeitrag auferlegt werden und ihm jetzt erst, da es zum Nachteil geht, zum Bewußtsein kommen — die Wehrsteuerung hat ja schon sehr abgeflaut (schwarzes Wort!) (Hört! Hört!) bei den Zg.) — sollte man es den Leuten gemüthlicher machen. (Zustimmung.)

Die Zahl der Unklarheiten im neuen Gesetz und in den Ausführungsbestimmungen ist Legion. Vor allem bestehen Zweifel darüber, wie der Ertragswert der einzelnen Grundstücke zu ermitteln ist. Schließlich werden da wohl die Gerichte entscheiden müssen. Schwierig zu lösen ist es aber, wenn einzelne Steuerbehörden, z. B. in Bayern so vorgehen, daß sie den Beitragspflichtigen wohl das ihnen gesetzlich zustehende Wahlrecht zwischen Ertragswert und gemeinem Wert zuteil werden lassen, aber erklären: Wenn der Ertragswert weniger beträgt als der Verkaufswert, dann wird der Verkaufswert eingestellt. (Hört! Hört! und Lachen.) Das widerspricht dem klaren Wortlaut des Gesetzes. (Zustimmung.) Es besteht auch Zweifel darüber, ob die Wehrbeitragspflichtigen, die fest deklarieren, im Jahre 1917 genötigt sein sollen, nach demselben Werte zu deklarieren. Soll nach dem Verkaufswert oder dem Ertragswert deklarieren werden und legt sich der Deklarierende heute schon für 1917 auf denselben Wert fest? Wird er durch seine Erklärung von heute schon für das Jahr 1917 gebunden? Ist die Möglichkeit gegeben, jetzt nach dem Ertragswert und

1917 nach dem gemeinen Wert zu deklarieren? Über diese Fragen müssen wir eine authentische Erklärung. Dasselbe gilt für die Frage des Abzuges der Dividenden. In diese Einzelheiten hat bei der Schaffung des Gesetzes niemand gedacht, namentlich haben wir ein solches Eindringen in die Privatverhältnisse bei der Schaffung des Wehrbeitrags nicht verlangt. Ähnliche Bestimmungen wollten wir nicht aufstellen, jedenfalls sollen keine Konsequenzen gezogen werden, wenn die Vermögensklärung nicht in dieser Weise ausgeführt wird.

Wenn die Leute Steuern zahlen sollen, so soll man es ihnen wenigstens gemüthlich machen. Ähnliches läßt sich von der Frage der Dividenden sagen. Wenn man ein Gesetz schafft, will man auch, daß seine Bestimmungen verständlich sind. (Zustimmung.) Es muß darüber Bestimmungen geben, wie die Kapitalisierung des Jahresbeitrags auf das Vermögen zu berechnen ist. Eine große Menge von Zweifeln hat die sehr vollständige Bestimmung geschaffen, daß bei der Festlegung des Wehrbeitrags unrichtige Steuerklärungen von früheren Jahren frei bleiben sollen. Verschiedene Steuerbehörden sind zu einer Auslegung gekommen, an die wir niemals gedacht haben. Wir haben einstimmig gemeint, daß, wenn jemand eine Steuererklärung beibringt, er damit frei wird. Wie macht man das aber in einigen Bezirken? Er heißt es, von der Nachzahlung der Ertrags für frühere Jahre sei ihm frei, für das laufende Jahr sei ihm nicht frei. (Hört! Lachen.) Das ist in mehreren Steuerbezirken vorgekommen, es macht aber den ganzen Zweck des Wehrbeitrags illusorisch, weil eben für 1917 alle diese Erklärungen abgegeben sind. Der Generalpardon schließt die ganzen vier Jahre in sich, nicht bloß das laufende. Wir wünschen eine möglichst entgegenkommende Erklärung zur Vermeidung der Beitragspflichtigen. Hebräischer können die vielen aufstrebenden Zweifel nicht, wenn sie die Generalpardon für das ganze Verfalls beibehalten wird. Daß im Bundesrat keine Zustimmung der Meinungen hierüber herrscht, hat nicht überrascht. Wir aber im Reichstag können genau feststellen, was wir gemeint haben. Wir wollen keine unnötigen Scherereien und Klärereien, kein unnötiges Eindringen in die Privatverhältnisse. Das Gesetz vom 1913 soll nicht in sein Gegenteil umschlagen im Jahre 1914. (Zustimmung.)

Reichsfinanzminister Kuhn:

Wenn ich zu dem vorliegenden Antrag, der aus der Mitte des Hauses hervorgeht, das Wort ergreife, so werden Sie es selbstverständlich finden, daß ich nicht in der Lage bin, die Stellungnahme des Bundesrats zu diesem Antrag und noch viel weniger zu den Meinungen im Laufe der heutigen Debatte wiederzugeben. Ich kann nur nach den bisherigen Verhandlungen im Bundesrat mitteilen, welche Gründe für den Verfall der Bestimmungen vorgelegt haben. Es handelt sich zunächst um die Festlegung der Frist für die Abgabe der Steuererklärung. Hierbei waren natürlich die Interessen des Reichs und andererseits die der einzelnen Staaten zu berücksichtigen. Für das Reich kommt in Betracht, wie das schon hervorgehoben ist, daß die Zahlung der ersten Raten des Wehrbeitrags nicht zu weit hinausgeschoben werden kann. Es ist ja klar, wie bedenklich es ist, wenn man auf lange Zeit hinaus mit Hunderten von Millionen von Schatzanweisungen operieren muß. Das ist nicht nur ein finanzieller Nachteil, sondern er hat auch eine allgemeine wirtschaftliche Bedeutung, indem es in normalen Zeiten nicht annehmbar erscheint, derartige große Beträge dauernd den vorhandenen Mitteln der Reichskasse zu entziehen.

Sodann war es ein wesentliches Bedürfnis für das Reich, daß man zu einem gewissen Zeitpunkt übersehen können muß, wie hoch ungefähr das Gesamtergebnis des Wehrbeitrags ist. Hatten wir noch einmal die Art der Erhebung der Bundessteuer in den einzelnen Staaten im Auge — ich erwähnte speziell aus Preußen: Wenn dort für die Bundessteuer die Erklärung bis zum 30. Januar abgegeben wurde, so konnte man daraus rechnen, daß das Gros der Reichsbeiträge bis im April vorliegt. Natürlicher wird es in diesem Jahre etwas später werden, weil das Veranlagungsverfahren sich dadurch kompliziert, weil der Wehrbeitrag mit veranlagt werden muß. Schließlich werden die neuen Festlegungsbestimmungen erst im Mai oder Juni eintreffen können. Gilt das Gleiche für den Wehrbeitrag, so können wir, da für diesen eine Zahlungsfrist von drei Monaten nach Erlaß der Steuerbestimmungen vorgesehen ist, auf die Eingänge erst Ende des zweiten Quartals des Rechnungsjahres 1914 rechnen.

Nach dieser bisherigen Mitteilung dürfen wir hoffen, daß im August 1914 ein, wenn auch nur vorläufiger und nicht vollständiger, aber doch immerhin ein Überblick über den gesamten zu erwartenden Ertrag zum Wehrbeitrag bilden lassen wird. Ist das der Fall, so können wir das Ergebnis nach der Art der Aufstellung des Etats für 1915 verwenden. Nur alle unter ihnen, die sich mit dem Etat näher beschäftigen, und die namentlich bei den Verhandlungen in der Budgetkommission zugegen sein werden, wird es sich für 1914 noch als vordringend und heftigster Vorwand erweisen, daß wir bei der Einführung des Wehrbeitrags immer mit Fiktionen zu tun haben. Aber 1914 kommen wir nach darüber hinweg, denn daß die Summen, die für 1913 und 1914 einkommen sollen, auch wirklich eintreffen, ist wohl als wahrscheinlich anzusehen. Die weit diese Summen aber überschritten werden, kann niemand von uns sagen. Es wäre ein großer ungewisser Zustand, wenn wir den Etat für 1915 aufstellen zu müssen wären, ohne eine irgendwie bestimmte Grundlage dafür zu haben, welcher Betrag herauskommt.

Der Schwerpunkt hinsichtlich der Verlängerung der Frist liegt im Grundbesitz. Bei einer ganzen Reihe von Bundesstaaten ist es eine Lebensfrage, ob die Veranlagung zum Wehrbeitrag gleichzeitig mit der Veranlagung über das Vermögen erfolgt. Es ergibt sich hier die Notwendigkeit, daß man die Veranlagung zur Vermögenssteuer hinauschieben muß. Daraus folgt, daß mit der Veranlagung auch die Eingabe der Steuer in den Bundesstaaten hinausgeschoben werden muß und zwar auch in den Kommunen, welche die Zuschläge erheben. Hier ist also doch die Frage berechtigt, ob eine zwingende Notwendigkeit für die Verlängerung gegeben ist. Wenn man erwägt, daß die Fristen in den Ausführungsbestimmungen des Bundesrats keine unabwehrbaren sind, sondern hinausgeschoben werden können von den Landesregierungen, und zwar allgemein bis Ende Januar, für gewisse Gruppen bis zum 15. April, in besonderen Fällen mit Zustimmung des Reichs bis zum 31. Mai, endlich im Einzelfalle auf Antrag eines besonderen Reichsanwalts, dann wird man nicht dazu kommen, die Frage nach der Notwendigkeit zu bejahen.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß bei Erlaß neuer Steuer- gesetze die Steuerpflichtigen eine gerichtliche Entscheidung beantragen. Ich kann das verstehen und billigen, aber man darf nicht vergessen, daß in demselben Maße, in welchem man die Gerichte,

ordentliche oder Verwaltungsgerichte, zur Entscheidung anruft man die Verwaltungsbehörden. Man hat die Verwaltungsbehörden kennt. Aber die Reichsregierung, nach ein einzelner Bundesstaat, und die Bundesstaaten in ihrer Gesamtheit, d. h. der Bundesrat, sind dazu in der Lage, endgültig die entscheidenden Zweifel zu schlichten. Das letzte Wort muß immer das Gericht sprechen. Wenn von einer Zentralstelle aus eine Entscheidung erfolgt, so ist es überaus begreiflich, daß in den meisten Fällen, in denen der Bundesrat Zweifel zu entscheiden hat, die Entscheidung des Bundesrats sofort in der Presse auf das bestmögliche angegriffen wird. Schließlich der Frage des Vordrängers, wie es sich verhält mit dem Ertragswert und dem gemeinen Wert in den Jahren 1914 und 1917, kann ich eine authentische Erklärung nicht geben. Wenn ich eine Antwort dahin gebe, daß die Erklärung über den Ertrag des landwirtschaftlichen Grundbesitzes für die Berechnung der Steuer im Jahre 1917 nicht höher angegeben werden kann als 1914, wenn ich diese Meinung ausspreche, dann dürfte sie voraussichtlich von einem großen Teil angefochten werden.

Wenn bei der Wehrbeitragsklärung sich kein höheres Vermögen herausstellt als es der betreffende Steuerzahler bisher angegeben hat, so wird nach den Bestimmungen des Gesetzes von einer Steuer überhaupt abgesehen sein, von einer erhöhten Steuerleistung nur für die früheren Jahre. Jedenfalls wird es sich empfehlen, in allen Zweifelsfällen nach Möglichkeit eine endgültige Entscheidung herbeizuführen. Im übrigen aber sind die Zweifelsfragen für den Deklarationspflichtigen überhaupt nicht so gefährlich. In den meisten Fällen wird es genügen, wenn er die Tatsachen, auf Grund deren die Steuerberechnung erfolgt, richtig angibt. Geschieht das, so können ihm niemals daraus Unannehmlichkeiten erwachsen. Aber ich erkenne natürlich an, daß die Steuerpflichtigen berechtigt sind, zu erfahren, welche Auffassung die verschiedenen Regierungen über die Zweifelsfragen haben. Jedenfalls kann ich die beruhigende Versicherung geben, daß ich bemüht sein werde, überall wo es möglich ist, die Unsicherheit zu treffen, Aufklärung zu schaffen und davon sobald als möglich der Öffentlichkeit Kenntnis zu geben.

Abg. Dr. v. Blum (Sp.):

Im Namen meiner politischen Freunde kann ich erklären, daß wir mit beiden Punkten des Antrages vollständig einverstanden sind. Man kann es wohl begreifen, daß die verschiedenen Regierungen eine Hinausschiebung der Deklarationsfrist nicht wünschen, weil sie möglichst rasch Klarheit über den Ertrag des Wehrbeitrags und Geld erhalten wollen. Aber der Schatzminister selbst hat zugegeben müssen, daß diese Ertragssummen nicht ausfallend sein können. Wir können es auch begreifen, daß die Einzelstaaten aus Zweckmäßigkeitsgründen die Veranlagung zur Vermögenssteuer mit dem Wehrbeitrag verbinden wollen. Aber auch das kann doch nicht hindern für uns zu sein, denn es ist ja zweifelhaft, ob die Einzelstaaten überhaupt berechtigt sind, die Deklaration zum Wehrbeitrag für ihre Einkünfte zu den einzelnen Vermögensgegenständen zu verwenden. (Sehr richtig! links.) Eine derartige Verfügung hat das Reichsgesetz den einzelnen Staaten gar nicht gegeben. Nun kann man ja begreifen, daß diese Regierungen von dem Material Gebrauch machen wollen. Aber das kann doch ebenfalls kein Grund sein, die Frist nicht zu verlängern. Ausgeschlossen muß vielmehr sein, daß die Beitragspflichtigen in die Lage versetzt werden, nach Möglichkeit die Angelegenheit soweit durchzuführen, daß sie ohne Hinausschiebung ihre Deklarationen abgeben können. Es wird sich auch die Frage auf, warum denn der Bundesrat nicht früher seine Ausführungsbestimmungen erlassen hat. (Sehr richtig! links.)

Nicht ist es, daß schon jetzt über eine ganze Reihe von einzelnen Punkten Zweifel bestehen, die dringend der Erklärung bedürfen. Bezüglich der Frage, ob der gemeine oder der Ertragswert bei Grundbesitz eingestuft werden darf, ist eine klare Bestimmung des Gesetzes vorhanden. Ich möchte übrigens darauf hinweisen, daß die Steuerzahler gut daran tun, bei ihrer Deklaration das Vermögen möglichst hoch anzugeben, denn der Prozentfuß des Wehrbeitrags ist viel geringer als derjenige, den sie später im Falle einer Vermögensvermehrung als Vermögenszuwachssteuer zu zahlen haben. Deshalb ist es vernünftig, die Veranlagung in Anrechnung zu bringen, da dem Steuerzahler erlaubt, einen möglichst hohen Wert einzugeben. Unzweifelhaft besteht, das verdient weiter hervorgehoben zu werden, nicht das Recht, von den Bundesregierungen welche Auskunft zu verlangen. Das verdient betont zu werden, weil ausländische Banken unter Hinweis auf die angebliche Deklarationsfrist der inländischen Banken Versuche machen, zur Anlage von Kapitalien im Ausland anzuregen. Der Generalpardon sollte selbstverständlich auch für das Jahr 1915 gelten. Das ist auch der Wille des Reichstags gewesen. (Sehr richtig! links.) Es wäre zu bedauern, wenn der Staatssekretär einen Druck auf die Bundesstaaten ausüben wollte. Die Veranlagung des Grundbesitzes, daß in Streitigkeiten allein die Gerichte entscheiden, schließt die Verwaltungsbehörden doch zu niedrig ein. Sie wäre nur theoretisch richtig. Praktisch würde kein Steuerpflichtiger, dessen Sachverhalt nicht, noch die Gerichte anrufen. Wenn das Gesetz in seinem Wortlaut und seinen Bestimmungen nicht klar ist, so ist das eben unsere Schuld wie die des Bundesrats. Das ist bei einer so neuen Materie nicht zu verwundern. (Zustimmung.)

Abg. Kupp-Baden (Kons.):

Bei uns in Baden führt die gleichzeitige Veranlagung zur staatlichen Vermögenssteuer und zum Wehrbeitrag dazu, daß bei uns der Wehrbeitrag höher ausfällt als in anderen Bundesstaaten.

Abg. Erzberger (Zentr.):

Der Widerstand des Staatssekretärs gegen die Hinausschiebung der Erklärung zum Wehrbeitrag ist begreiflich. Aber die Ausführungsbestimmungen verhindern doch keine Fristen: denn § 13 bestimmt, daß die Deklarationsfrist auf Antrag verlängert wird. Eine große Zahl der Steuerzahler wird hiervon Gebrauch machen, wenn die Frist nicht von vornherein verlängert wird. Der Staatssekretär kann zwar keine rechtsverbindliche Interpretation des Wehrbeitrags erlassen, aber er kann doch auffordern lassen. Vielleicht gibt das Reichshofamt auch zum Wehrbeitragsgesetz amtliche Mitteilungen in zwangloser Folge heraus. Die Fragebogen in Baden sind allerdings noch schlimmer als in Preußen und Bayern. Ein solches ungewisses und überflüssiges Eindringen in Privatverhältnisse sollte der Bundesrat verhindern.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

